

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohdorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Wöllan St. Nicola, St. Jacob, St. Nicola, Stangendorf, Thurn, Niedermöllan, Kalschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 240

sonntägliche Ausgabe

Sonntag, den 13. Oktober

Verbreitung

1918.

Lichtenstein.

Wochenblätter für Gohdorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Wöllan St. Nicola, St. Jacob, St. Nicola, Stangendorf, Thurn, Niedermöllan, Kalschnappel und Zirschheim

Ausgabe der neuen Zahlenkarten für Lichtenstein Montag, den 14. und Dienstag, den 15. Oktober, von 9-12 und 3-5 im Meldeamt.

Griechverkauf

Montag, den 14. Oktober, bei Kurich, Franke, Perchev, Keller, Kirck und im Wirtschaftverein gegen Lebensmittelkarte A - Marke B 1. Kauf den Kopf 1/4 Pf. für 12 Pf.

Der Ortsnahrungsausschuss für Gallenberg.

Abholung der beantragten Mahl- und Schrot-Erzeugnisse von den betr. Selbstversorgern und Tierhaltern bei am Sonntag, den 13. Oktober früh 7-8 Uhr bei H. Herold zu erfolgen. Stadtwirtschaft Gallenberg.

Bekanntmachung.

Die zur Austragung gekommenen Hausflüsse für die Einschläge zur Einkommen- und Erbschaftsteuer auf das Jahr 1919 sind unter Berücksichtigung der angeführten Vorbemerkungen nach dem Stande vom 12. Oktober d. J. auszufüllen.

Im Kriegsdienst befindliche Personen, einschließlich der Hinterbliebenen und Ehepartner, sind in die Hausflüsse auszunehmen, wenn sie die Wohnung beibehalten haben.

Die Einberufung zum Kriegsdienst ist in Spalte 2 der Hausflüsse durch den Vermerk: „im Kriegsdienst“ oder abgekürzt: „i. K.“ kenntlich zu machen.

Zusätzlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Hausbesitzer zu erst in die Hausflüsse einzutragen haben.

Weiter wird noch besonders bewerkstelligt, daß diesmal in Spalte 9 alle Familienglieder anzugeben sind, die am 12. Oktober d. J. das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. (s. auch die Beispiele dort).

Die Hausflüsse sind binnen 10 Tagen, von der Ausfertigung an gerechnet bei unserer Steuerkanzlei einzureichen. Die Einreichung hat durch den Hausbesitzer selbst oder durch solche Personen zu geschehen, welche über die in Betracht kommenden Verhältnisse genügende Auskunft zu erteilen vermögen, insbesondere aber durch Kinder.

Nicht ordnungsmäßig ausgefüllte Hausflüsse müssen zur Ergänzung zurückgegeben werden. An die persönliche Einhaltung der Einreichungsfrist wird hierdurch noch ganz besonders erinnert, da nach Ausübung des Abgültigen Finanzministeriums jede Verzögerung ohne Rücksicht zu bestrafen ist.

Wenn Hausbesitzer oder deren Stellvertreter Hausflüsse vorbringen nicht oder nur in unzureichender Zahl erhalten haben, wollen sie solche bei der Steuerkanzlei nachträglich in Empfang nehmen.

Gallenberg, am 11. Oktober 1918.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Urliste derjenigen, welche in der Stadt Gallenberg zum Schießen und Beschworenenamt berufen werden können, ist aufgestellt und liegt vom 16. bis 23. Oktober d. J. im Rathaus - Registratur - zu jedermanns Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Urliste können innerhalb der Auslagefrist schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Gallenberg, am 12. Oktober 1918.

Der Bürgermeister.

Regelüberband.

Edelobst.

Es liegt B. ranklosung vor, darauf hinzuweisen, daß Edelobstpreise nur in den beiden zugelassenen Edelobstverkaufsstellen:

für Glauchau, Bürgerstraße, für Meerane, Marienstr. 30.

gefordert werden dürfen.

Glauchau, am 11. Oktober 1918.

R. B. Nr.: 1150 Co.

Kalkhauptmann Freiherr v. Weid.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Reichstag tritt nächsten Mittwoch zusammen, man hofft, daß bis dahin Wilsons zweite Antwort eingegangen wird.

In der Türkei ist man bezüglich des neuesten Friedensschrittes sehr zuversichtlich.

In New York fanden lebhafteste Verkäufe von Kriegswerten statt, was an der Börse als Anzeichen für den zunehmenden Glauben an einen nahen Frieden gedeutet wird.

In Wien und Budapest sind Kabinetts-Umbildungen im Gange.

Der bulgarische Generallieutenant Schekow, der sich in Wien in ärztlicher Behandlung befindet, wurde abgesetzt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, steht die Ernennung des Abgeordneten Giesberts zum Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt bevor.

Bei der Torpedierung des engl. Dampfers „Vesuvius“ wurden von 700 an Bord befindlichen Personen nur 150 gerettet.

Die deutsche Antwort.

Vor Abgang im Bundesrat und Reichstag besprochen?

Die amerikanische Note ist nunmehr im amtlichen Text in Berlin eingetroffen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt redaktionell:

Die Antwortnote der deutschen Regierung an Wilson ist, wie schon bekannt, zwar dem Prinzip nach und in ihrem politischen Sinne festzulegen, sie wird jedoch heute noch nicht abgehen, da es die Wichtigkeit und die Tragweite der Angelegenheit erfordert, daß auch Reichstag und Bundesrat dazu sich äußern. Der große Ausschuß des Reichstages wird, wie wir von parlamentarischen Kreisen hören, heute zusammenzutreten und so Gelegenheit haben, die Note kennen zu lernen. Ebenso wird sie dem Bundesrat, als dem verfassungsmäßigen Organ der verbündeten Regierungen und Träger der Reichsüberwachungsamt, vorgelegt werden. Erst dann, als nachheriglich Sonnabend Abend wird die Note an

der Schweiz zur Vermittlung übergeben und v. r. mütlich auch gleichzeitig veröffentlicht werden.

Aus den Auslassungen der Nordd. Allg. Ztg. ergibt sich bereits, daß sie den amerikanischen Wünschen entgegenkommen wird, und zwar wahrscheinlich in ziemlich weitem Umfang. Nachdem der Krieg nun einmal in das entscheidende Endstadium eingetreten ist, dürfte ein solches Entgegenkommen im Interesse des v. n. der ganzen Welt, nicht nur von Deutschland, heißt ersehnten Friedens liegen. Außerdem liegt ein derartiges Entgegenkommen auch durchaus im Interesse der gegenwärtigen Regierung und der Reichstagsmehrheit. Vom deutschen Volk wird die Friede verlangt, daß es sich nach 4 Jahren unerhörten Siegeszügen, nach unendlichen Opfern an Gut und Blut mit einem Endergebnis abfindet, das noch mehr der Regierung des Westens Verdienst sein könnte, auch nur für denkbar gehalten hätte. Wie unter Volk dieses Friedensworts der jetzigen Regierung hinnehmen wird, bleibt noch abzuwarten. Wenn es sich in das Unvermeidliche fügen sollte, so könnte es nur in der Erwartung geschehen, daß damit wirklich der gewöhnlichen Menschheit ein dauernder Frieden zustande vermittelt wird, daß also dem deutschen Volk vom Feinde keine Opfer an nationaler Ehre und an selbstbewusstem Autonomiewillen zugemutet werden, die es nie und nimmer ruhig ertragen könnte. Unsere Regierung geht bei ihrem Verhalten von der Erwartung aus, daß sie damit eine gerechtere Regelung der Völkerbeziehungen, wie sie Herr Wilson so oft als sein Programm verkündet hat, die Wege ebnen werde. In Paris und in London hat man, wie unsere Leser wissen, von dieser Gerechtigkeit sehr eigenartige Vorstellungen, und niemand kann dafür einstehen, daß das zum Schiedsrichter der Welt ernannte Haupt der Vereinigten Staaten seine Entschlüsse von diesen Vorstellungen freilassen würde. Herr Wilson soll sich dessen bewußt sein, daß von den Schritten, die er nun zu unternehmen beabsichtigt, nicht nur für das deutsche Volk sehr viel abhängt.

Ueber die Rückwirkung der letzten Ereignisse auf die von Russland abgetrennten und von uns besetzten östlichen Grenzländer haben in den letzten Tagen in Berlin wichtige Beratungen stattgefunden, die noch zu keiner vollständigen Lösung des Pro-

blems geführt haben. Auch hier sucht man jetzt aus dem Stadium endloser Erwägungen zu einem letzten Abschluß zu kommen.

Die Stellung der Nationalliberalen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat den Reichstagsleiter wissen lassen, daß sie ihre Stellungnahme zu der Antwort an den Präsidenten Wilson soweit darin die Klärung des von uns beieteten Gebiets in Frage kommt, abhängig mache davon, daß, bevor die Reichsregierung eine endgültige Entscheidung trifft, sämtliche Reichstagsmitglieder und deren Generalsekretäre nach ihrer Meinung über die Zerlegung gefragt werden.

Die Konservativen protestieren.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat am Donnerstag durch ihren Vorstand dem Herrn Reichstagsleiter ihre schweren Bedenken gegen die Annahme der Antwort des Präsidenten Wilson ausgesprochen.

Wiedergutmachung oder Wiedererwägung

Von den 11 Punkten Wilsons dem Präsidenten Punkt 8 besonderes Interesse. Er wurde seinerzeit in folgender Fassung veröffentlicht:

Das ganze kontinentale Territorium müßte befreit und die verlorenen Teile wieder hergestellt werden und das Land, das Frankreich durch Breiten 1871 unmittelbar als Lotharingens zugewiesen wurde und das den Westländern während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder autark werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder hergestellt werden kann. Diese Forderung hat bislang die Grundlage aller Verhandlungen gebildet. Jetzt endlich, nach dreizehn Jahren, stellt sich heraus, daß dabei ein Fehler vorliegt. Wilsons Urteil spricht demnach nicht von „Wiedergutmachung des Irrtums“, sondern von Wiedererwägung (reconsideration). Das ist natürlich etwas ganz anderes und gibt uns das Recht, die künftige Regelung der elias l. d. angli. in Frage mit ganz anderen Augen anzusehen. Im höchsten Grade verwunderlich ist es nun, daß das Auswärtige Amt diesen Ueberlegungsfehler nicht schon viel früher entdeckt und richtig gestellt hat.

Wohnung des Ehepaars...
Staatssanleihe...
Heinze...
ergasse 6.

Staatssanleihe...
Heinze...
ergasse 6.

Staatssanleihe...
Heinze...
ergasse 6.

Staatssanleihe...
Heinze...
ergasse 6.

Staatssanleihe...
Heinze...
ergasse 6.